

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachgelagerten: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Pollichstraße 106B Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. 8. 24 bei Halbjährlich, 3,00 M., bei Vierteljährlich, 1,50 M., bei Monatslieferung, 0,50 M. Einzelnummer 10 C.-Pfg. | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 11p. 21mm br. Zeile 30-21, ausm. 32. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 A, außerh. 20 A, die 10mm breite Reklamazeile 150 A, außerh. 200 A. Offertengebühr 10 A. Zusam. Beiträge geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rein deutschnationaler Fraktionszwang?

Die zweite Lesung der Bank- und Industrieobligations-Gesetze.

Ministerpräsident Held zum Londoner Abkommen. — Poincarés Erklärungen im französischen Senat.

Die Reichstags-Beratungen am Dienstag.
(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
(Fortsetzung des Berichtes aus dem Abendblatt.)

Abg. Röh (Komm.): Die zu schaffende Zentralbank wird nur der amerikanischen Kapitalisten- und Spekulantensysteme freie Hand über das deutsche arbeitende Volk. Sie soll die absolute Herrschaft des ausländischen Kapitals über Deutschland sichern. Unbereitschaft ist, daß die Sozialdemokratie der Auslieferung der Interessen des deutschen Proletariats an das fremde Ausbeuterkapital begeistert zustimmt. Eine größere Herrschaft einer politischen Partei kann es nicht geben.

Abg. Dr. Kautzsch (D. Vp.) faßt: Eine Ablehnung der Bankgesetze und ein weiteres Arbeiten mit der Rentenmark sei unmöglich. Es frage sich nur, ob die Bankgesetze die Erhaltung der stabilen Währung garantieren. Es habe noch niemand etwas Besseres vorgeschlagen, was man an ihren Platz stellen könnte. Redner bespricht die Einzelheiten der Bankgesetze und folgert aus ihnen, daß die Deckung ausreichen werde, um eine wirkliche Goldwährung zu schaffen. Auch befände sich nur ein geringer Teil der Bankanteile in ausländischen Händen. Kredite bekämen wir auch nicht aus dem Ausland, wenn wir nicht unsere Währung stabilisierten. Die 800 Millionen Landwährungskredite sollen anstatt in drei Monaten in drei Jahren zurückgezahlt werden. Das sei ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Landwirtschaft. Redner glaubt, daß die Rentenmark sich neben der Goldmark halten würde.

Der Abg. Freder (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Gesetze. Es gehe durch unsere Zeit ein Aug der Unrechtlichkeit. Die deutsche Regierung quitiere jeden Schritt mit einem verbindlichen Rücktritt.

Die Vorlagen seien ein Versuch, das deutsche Volk in die Abhängigkeit des internationalen jüdischen Kapitals zu bringen. Redner warnt die Minister unter Hinweis auf eine eventuelle spätere Klage wegen Hochverrats davor, die innere und die Finanzfreiheit preiszugeben. Zum Schluß verliest der Redner eine Erklärung, in der es heißt:

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei sieht in der beabsichtigten Auslieferung der deutschen Finanzfreiheit durch die Bankgesetze den Schlüssel für die finanzpolitische Versklavung des deutschen Volkes. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei stellt den einmütigen und unangenehmen Bescheid, die innere Kreditfreiheit zu besetzen, in der Durchführung einer sozialen und gerechten Auswertung der alten Verbindlichkeiten. Auf diese Weise erreichen wir eine Wiederherstellung des Sparwesens, der die Grundlage des gesamten inneren Geld- und Kreditverkehrs gewesen war. Nur durch Erfüllung solcher Grundforderungen sozialer Gerechtigkeit kann eine Entlastung der innerpolitischen Verhältnisse anbahnen, die innere Wirtschaftsentwicklung und damit die Voraussetzung für unsere äußere Arbeit schaffen werden.

Reichswirtschaftsminister Hamm

wirft dem Vordrucker Verrechnung vor. Das starke Verdienst Dr. Schachts an der Aufrechterhaltung der Währung müsse anerkannt werden. Die Regierung betrachte die vorliegenden Gesetze nicht als besonders wertvolle Errungenschaft. Sie wolle aber auch dem Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß auf diesem Wege sich eine Besserung anbahnen lasse.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.) bezeichnet die Annahme der Gesetze als nationale Notwendigkeit und befürwortet einen Sicherheitspakt mit Frankreich. Dann werde man auch in der Frage der früheren Ausdrückung Erfolge davontragen. Von einer dauernden Zentralisierung des deutschen Bodens könne allerdings keine Rede sein. Die Aufnahme in den Völkerbund könne Deutschland erst beantragen, wenn der deutsche Boden frei von fremden Truppen sei.

Abg. Dr. Pfeifer (Bauv. Vp.) bemängelt, daß bei der Umwandlung der Rentenbank die Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt worden sei.

Abg. Holzammer (D. Vp.) verlangt die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf Handwerk und Kleingewerbe.

Abg. Rurth (Deutsches) nennt die Goldnotenbank ein Instrument, um uns der internationalen Währungsauflösung zu entziehen. Damit ist die Aussprache über die erste Gruppe, die Vorlage über die Bankgesetze, erledigt. Die Abstimmung wird am Mittwoch erfolgen. Es folgt die zweite Lesung der zweiten Gruppe.

Die Vorlagen des Industriebelastungs-Gesetzes und des Aufbringungs-Gesetzes.

Abg. Schneider (D. Vp.) beantragt, landwirtschaftliche Betriebe auch dann von der Auflage zu befreien, wenn sie zu industriellen und gewerblichen Betrieben gehören. Ferner soll die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden, wonach auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden befreit werden. Unter den weiteren von dem Redner begründeten Anträgen ist auch eine Entschädigung, wonach bei demnächstiger Hebung des Einkommensteuergesetzes die Abzugsfähigkeit der nach dem Aufbringungs-Gesetz zu zahlenden Jahresleistungen und Zuschläge von steuerpflichtigen Jahresentkommen vorgeschlagen ist.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (D. Vp.) äußert grundsätzliche Bedenken gegen die beiden Vorlagen. Die Obligationenlast der noch nicht verstaatlichten und noch nicht vom Weltmarkt verdrängten deutschen Industrie im Frieden habe nur 4,6 Milliarden betragen. Die gestiegene und geschwächte deutsche Industrie von heute solle 5 Milliarden aufbringen. Das sei einfach unmöglich. Die Sachverständigen hätten übersehen, daß die deutsche Industrie überdies unter einem tödlichen Kapitalmangel und unter einer ungeheuren steuerlichen Belastung leide. Im Ausschuss sei schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Industrieobligations-Belastung bei einzelnen Betrieben bis zu 40 Prozent des Kapitals ausmachen würde. Unter dieser Last sei unsere Industrie nicht mehr konkurrenzfähig. Mit dem Export entfälle auch die Möglichkeit ausländischer Kredite. Mit den vorliegenden Entwürfen helfe man einen Wechsel auf die Zukunft aus, dessen Einlösung einmals unmöglich sein wird oder zur völligen Verelendung der breiten Massen führen müsse. Der Redner unterstützt die Anträge des völkerverständlichen Redners, die auf Ausrückung der Deutschnationalen im Ausschuss hervorgegangen sind.

Abg. Frau Zender wendet sich gegen die Kommunisten, die mit ihrer Ablehnung der Vorlagen sich tatsächlich als Gegner der Sachverratsfrage bekennen hätten. Die Arbeiterbewegung werde es nicht verstehen, daß die Kommunisten sich schuldig vor die Inflationsgewinne der Industrie stellen.

Abg. Roenen (Komm.) betont, die Industrie werde die ihr auferlegten Lasten auf die Preise schlagen, so daß doch schließlich die breiten Massen die Belasteten sein würden.

Abg. Schröder (Nat.-Soz.) schließt sich den Ausführungen des kommunistischen Vordruckers an. Die sogenannte Industriebelastung würde tatsächlich die deutsche Arbeiterbewegung treffen und sie zu Sklavendiensten für das internationale Kapital zwingen. Wer den Nationalsozialisten wegen ihres ablehnenden Standpunktes manövrierendes Interesse an der Ruhr vorgeworfen werde, so sei das eine Schamlosigkeit angedacht der Tatsache, daß ein Schläger aus den Reihen der Völkischen hervorgerufen sei.

Von der Wirtschaftlichen Vereinnahmung ist inzwischen der Antrag abgelehnt worden, wonach auch zur Annahme des Reichsbahngesetzes die einfache Mehrheit genüge und die Einseitigkeit des Gesetzesentwurfes entsprechend geändert werden solle.

Abg. Dr. Becker (D. Vp.) weist auf die eigenartige Ueber-einkimmung zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten hin. Das lasse beinahe auf eine organisatorische Verbindung schließen. Drückte Herr Röh auf den Knopf, dann komme der Beifall von den Nationalsozialisten und umgekehrt. Der Redner rechtfertigt dann der Opposition gegenüber die Zustimmung seiner Freunde zu den Gutachten. Die Herren von der Linken mögen in von Verklärung der deutschen Wirtschaft reden. Aber das sollte man ihnen nicht nachsagen. Wir nehmen die Vorlagen an, weil wir anzuzeit nichts Besseres sehen. Glauben Sie, erklärt der Redner, daß die deutsche Industrie für eine Anleihe von 800 Millionen ihre Freiheit verkaufen würde? Redner polemisiert, wiederholt von den Anrufen der Kommunisten unterbrochen, ausführlich gegen die Ausführungen des Abg. Roenen. Damit schließt die Debatte über die Industrievorlagen.

Es folgt dann die Besprechung der dritten Gruppe, der Vorlagen des Reichsbahn- und des Reichsbahnverordnungs-Gesetzes.

Abg. Schumann (Soz.) verwarf seine Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterverrats. Die Sozialdemokratie sei nicht unverantwortlich genaug, die Interessen der Arbeiterklasse durch Ablehnung der Londoner Abmachungen zu schädigen. Die Beseitigung dieser Möglichkeit zur Verständigung werde den Sozialisten den Boden schaffen, auf dem sie gegen den Kapitalismus kämpfen könnten. (Nachen bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Brüning (Zentr.) verlanat Sicherung der Rechte des Eisenbahnpersonals.

Abg. Dr. Rosenber (Komm.) sprach sich gegen das Gesetz aus.

Reichsinnenminister Cser wandte sich gegen die Zusammenfassung des Staatssekretärs Veremann mit den Mitgliedern der Delegationen. Die Ministerium habe Veremann abeten, an den Verhandlungen teilzunehmen, weil er die besten Beziehungen zu den fremden Unterhändlern gehabt habe. Die Regierung habe alle Veranlassung, ihm für seine sachliche und unparteiische Hilfe zu danken.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus verläßt die nächste Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr mit der Tagesordnung: Zulassung der ausgedehnten Reichsstaatsabgeordneten, Freilassung der inhaftierten Abgeordneten und Fortsetzung der Gutachtensdebatte.

Die Repko wartet die Reichstagsentscheidung ab.

(Durch Bankgespräch.)

Paris, 26. Aug. Die Davos mittelst, sollte die Repko heute eine Sitzung abhalten, um diejenigen Persönlichkeiten zu bestimmen, die zur Teilnahme an der Durchführung des Dawes-Planes berufen werden. Wahrscheinlich werde diese Sitzung aber verlagert werden und die endgültige Ernennung erst Ende der Woche stattfinden. Die Repko will vermutlich erst die Abstimmung im Reichstags abwarten.

Die künftige deutsche Goldwährung.

Bleibt für sie Inflationsgefahr?

Während die alte deutsche Währung eine sogenannte „flutende“ Goldwährung war, weil neben dem Golde die Silbertaler unbeschränkt in Zahlung genommen werden konnten, wird die künftige Goldwährung nach dem Dawes-Plan eine reine sein, d. h. also, das Silber gilt im ganzen Umfang als Scheidemünze, die nur bis zu einem bestimmten geringen Betrage (20 Mark) in Zahlung genommen zu werden braucht, während Goldmünzen und gegen Gold einlösliche Banknoten allein den Zahlungsverkehr beherrschen. Man darf sich aber die Sache nicht so vorstellen, als ob nun gleich mit dem Inkrafttreten der neuen Währung sich wieder ein Goldstrom über das Land ergieße und alle Taschen mit dem gelben Metall füllen würde, wie vor dem Kriege. Es wird vielmehr noch gute Weile haben, ehe es soweit kommt, und zwar aus dem Grunde, weil die Pflicht der Reichsbank, ihre Noten in Gold einzulösen, vorerst noch nicht in Wirksamkeit treten kann. Bei dem schlechten Stande der deutschen Wirtschaft rechnet man damit, daß die Einlösungspflicht erst in einem Jahrzehnt verwirklicht werden kann, weil solange eine übermäßige Inanspruchnahme der Goldeinlösung zu gewärtigen ist. Bis dahin muß das Gold in den Tresors der Reichsbank zurückgehalten werden, und es kann daher auch die Ueberführung der neuen Goldmünzen in den täglichen Zahlungsverkehr erst nach diesem Zeitpunkte erfolgen. Dadurch ist die Gefahr gegeben, daß der Kurs der künftigen Papiergoldmark, solange die Sperre der Einlösungspflicht dauert, etwas unter die Goldparität sinkt, und in Voraussicht dieser Möglichkeit behält der Dawes-Plan ausdrücklich, daß die Reichsbank alle Anstrengungen machen und alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gebrauchen soll, um den Markkurs so nahe wie möglich an der Goldparität zu halten.

Besonders wichtig ist die Frage, ob für die neue Währung eine Inflation zu befürchten sein könnte. Eine Inflation von solchem Miesenausmaße, wie wir sie erlebt haben, ist bei der neuen Währung auf jeden Fall ausgeschlossen. Die Möglichkeit einer kleinen Inflation, die freilich auch genug Schaden anrichten kann, ist aber nicht ausgeschlossen, und der Dawes-Bericht nimmt auch selbst darauf Bezug, mit dem beruhigenden Zusatz, daß eine solche Inflation „nur ganz gering“ sein könne, „wenn die Bankstatuten streng innegehalten würden“, d. h. wenn immer für das Vorhandensein der vorgeschriebenen Dritteldeckung in Gold oder Devisen im Verhältnis zum gesamten Notenumlauf gesorgt wird. Es ist in diesem nicht zu verkennen, daß wegen der Bekämpfung der künftigen Kreditpolitik der Reichsbank doch gewisse weitere Besorgnisse gerechtfertigt erscheinen, vor allem deshalb, weil die Reichsbank fortan einer scharfen internationalen Kontrolle unterliegt. Die Organe dieser Kontrolle sind der Generalrat und der von ihm zu bestellende Kommissar für die Notenausgabe. Der Generalrat besteht aus vierzehn Mitgliedern, von denen sieben Deutsche sein müssen, während die anderen sieben auf England, Amerika, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und die Schweiz verteilt werden. Da also Ausländer künftig in der Reichsbank ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, so ist die Befürchtung nicht abzuweisen, daß die Leitung der Bank verloren wird, durch allzu bereitwillige Krediterteilung im Interesse der Reparationslieferungen und zugunsten der Gläubiger Deutschlands den deutschen Markt und die deutsche Produktion zu beleben. Wenn solche im Uebermaß gewährten Kredite von ihren Trägern in den inneren Zahlungsverkehr gelangen, so vermehren sie den Geldumlauf über das Bedürfnis und die normale Aufnahmefähigkeit des Marktes hinaus und wirken trotz der vorhandenen vollen Deckung inflationistisch, was sich in einem Anziehen der Preise äußert. Von der Seite einer zu freigebigen und darum inflationistischen Krediterteilung ist demnach das meiste für die Stabilität der künftigen deutschen Währung zu befürchten.

Ein weiteres Bedenken ergibt sich aus der Bestimmung, daß die Reichsbank gezwungen sein soll, ihr zum Kauf angebotenes Barrengold unbeschränkt zu erwerben und dafür ihre Goldnoten als Kaufpreis hinzugeben. Wie nun, wenn man in Washington auf den Gedanken käme, den in den dortigen Staatskassen aufgetapelten Goldüberfluß, dessen man sich zur Vermeidung einer Goldinflation gern entledigen möchte, auf Grund der erwähnten Vorschrift nach Deutschland an die Reichsbank abzulassen? Dann würde uns die Gefahr einer Goldinflation drohen, und auf jeden Fall hätte die Reichsbank mit Schwierigkeiten zu kämpfen, weil sie einen so starken Notenaufschlag nach auswärts nicht ohne Gefährdung des inneren Zahlungsverkehrs vertragen könnte. An diesem Punkte hat denn auch die sachverständige Kritik eingeleitet und gefragt, was für einen Zweck eine derartige Anbahnung von Gold für Deutschland haben solle, und wie man einem auswärts überfließenden Lande eine solche Belastung zumuten könne.